

Hallesche Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die Halle-Zeitung erscheint wöchentlich dreimal und zwar am Freitag. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land jährlich durch die Post bei freier Zustellung monatlich RM. 15.00, in den Bezugsstellen abgesehen RM. 14.00 monatlich. Die abgelaufenen Ausgaben-Millimeter-Zeile kostet im Ortserwerb RM. 5.00, im auswärtigen Vertrieb RM. 5.50. Reklamen die Millimeter-Zeile RM. 6.00 im Ortserwerb und RM. 6.50 im auswärtigen Vertrieb. Tagesgen-Gehalt: Hier wie sonstworts.

Genau und die parlamentarische Lage.

Aus der Kabinettsitzung.
In der gestrigen Kabinettsitzung wurde, wie die „Deno“ erfährt, nach einem Vortrage des Reichsfinanzministers Rathenau kurz die politische Situation durchgesprochen. In einer endgültigen Beschlusfassung ist das Kabinett noch nicht gekommen. Infolgedessen steht auch noch nicht fest, wann die parlamentarischen Körperschaften sich mit Genau und dem Rapallo-Vertrage beschäftigen werden. Die Parteiführer werden wahrscheinlich frühestens heute nachmittag mit dem Kabinett ihre Vorberedung abhalten. Der auswärtige Ausschuss wird durch den stellvertretenden Vorsitzenden Hermann Müller also erst für Ende der Woche, Freitag oder Sonnabend, einberufen werden. Das Plenum wird mit den großen politischen Fragen sich dementsprechend nicht vor Dienstag oder Mittwoch der kommenden Woche befassen.

Die Stellung der Parteien zu den Ergebnissen der Konferenz in Genau ist im allgemeinen klar. Die Kommunisten werden den Vertrag von Rapallo billigen, im übrigen aber insofern Kritik an der deutschen Delegation üben, als diese ihrer Auffassung nach die russische Delegation nicht energisch genug unterstützt hat. Die Unabhängigen werden heftige Kritik an dem Zeitpunkt des Abschlusses des deutsch-russischen Vertrages üben, da nach ihrer Meinung der gewählte Zeitpunkt eine Provokation gegenüber der Entente war und den ganzen politischen Erfolg der Genuefer Konferenz vernichtet hat. Auch die sozialdemokratische Fraktion wird mit ihrer Kritik an dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht zurückhalten, während Demokraten und Zentrum im wesentlichen mit der Haltung der Delegation in Genau einverstanden sein werden. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschen Nationalen werden zwar den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses als eine politische Tat begrüßen, jedoch einzelne Bestimmungen, so den Verzicht auf die Entschädigung für die sozialisierten Betriebe in Rußland bemängeln; im übrigen werden sie an der späteren Haltung der Delegation allerlei beanstanden. Bei allen Parteien — so heißt es — wird sich die Kritik jedoch in maßvollen Grenzen halten, da niemand ein Interesse an einer Rabinettstrennung habe. Die politische Situation des Kabinetts ist deshalb durchaus gestillt, und irgend welche Krisen können in absehbarer Zeit kaum entstehen.

Frankreich bereitet auf eine Aktion vor.

London, 22. Mai. Der Pariser Berichterstatter der „Sunday Times“ berichtet über die Möglichkeit einer französischen Aktion nach dem 31. Mai gegen Deutschland, er habe dessen Grund zu der Mitteilung, daß Frankreich keineswegs bluffe. Es sei gut, wenn man sich darüber Rechenschaft ablege, daß, wenn eine Aktion als unvermeidlich angesehen würde, so würde sie unternommen werden.

London, 22. Mai. Die „Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel, wenn Poincaré seine Heere in Marokko legt, was er bis jetzt für wenig wahrscheinlich halte, so werde die Wirkung auf die Genuefer Konferenz und die Ausläufer Europas verheerend sein.

London, 22. Mai. Garvin schreibt im „Oberver“: Die Rede Dr. Rathenaus auf der Schlußsitzung der Genuefer Konferenz, mit der er begeisterten Beifall erntete, war bei weitem die beste von den Deutschen gehaltenen Rede auf der Genuefer Konferenz. Das Eintreten Rathenaus für die Demobilisierung der Kriegsgewalt und für die wirkliche Verbündung der Geister ist die Zuhörer hin. In seiner eingehenden Unterredung der gemeinsamen wirtschaftlichen Probleme der Welt erklärte Rathenau deutlich und mit Recht, daß ohne die Unterredung Amerikas der volle Wiederaufbau Europas unmöglich ist. Garvin ist der Ansicht, daß, falls die Haager Verhandlungen scheitern sollten, Italien sofort einen Separatvertrag mit Moskau abschließen werde. Frankreich werde das selbe tun, ebenso wie es seinen eigenen Vertrag mit den Kemalisten abgeschlossen habe. Großbritanien würde nicht darauf warten können und würde ebenso handeln wie Italien, wenn es sich nicht für immer von den besten wirtschaftlichen Möglichkeiten in Rußland ausgeschlossen sehen sollte. Auch die Vereinigten Staaten würden nach Ansicht Garvins nicht einen Augenblick abwarten können, wenn die Lage sich in dieser Richtung entwickeln sollte. Garvin fährt fort, die verborgenen Themen zu hängen dauern an die Genuefer Konferenz geschlossen. Der transjordanische Politik sei durch Genau gezeigt worden, daß die deutschen Reparationen auf eine vernünftige Summe ermäßigt werden müßten. Garvin drückt die Überzeugung aus, daß die Befreiung des Ruhrgebietes nicht erfolgen werde. Selbst Poincaré wisse jetzt, daß seine Haltung geändert werden müsse, da sonst die Entente nicht aufrecht erhalten werden könne. Außerdem sei in Genau mit unerwarteter Deutlichkeit zutage getreten, daß, wenn der Friede nach dem achtmonatigen Bürgerkrieg geändert werden soll, erst eine praktische Wänderung

der augenblicklichen territorialen Grenzen Osteuropas eintreten müsse. Es sei klar gemacht worden, daß keine Macht, nicht einmal Genueß und die Tschechoslowakei, die augenblickliche unannehmliche Vergroßerung Polens garantieren werde. Die nachstehende Solidarität zwischen Deutschland und Rußland mit ihren fast 200 Millionen Menschen müsse anerkannt werden; daran sei nichts zu ändern. Frankreich müsse sich in vernünftiger Weise dieser gemäßigten Lastzahn anpassen oder früher oder später nur ihr vernichtet werden. Aus dieser Erwägung hätten alle Teilnehmer an der Genuefer Konferenz anzuerkennen, daß eine neue Epoche für Europa begonnen habe. Die Franzosen hätten wegen ihrer Abwertung, die Reparationsfrage zu erörtern, nur sich selbst die entscheidende Unterredung des Vertrages von Rapallo zuzuschreiben.

Amerikas Bedingungen bei Sanierung der Weltwirtschaft.

Washington, 22. Mai. Wie der Associated Press aus Washington gemeldet wird, wird Amerika nach der Ansicht von Berufskreisler, die der Regierung nachstehen, bereit, zusammen mit anderen Nationen Pläne zur Wiederherstellung des internationalen wirtschaftlichen Gleichgewichts auszuarbeiten, wenn die ins Ausland sich begebenden Vertreter Amerikas davon überzeugt seien, daß von jeder Besprechung, an der sie teilnehmen, politische Fragen ausgeschlossen seien. Die Festlegung der Kriegsschulden der Nationen und der Bedingungen der deutschen Reparationszahlungen auf einer Grundlage, die das Vertrauen einflöße, daß Zinsen und Kapital bezahlt werden, wenn sie fällig sind, sei nach Ansicht der wirtschaftlichen Sachverständigen der Regierung der Schlüssel der Lage. Sie behaupten auch, daß die Einführung der Goldwährung unbedingt notwendig sei.

Schlimmer als der Turmbau zu Babel.

Ein amerikanisches Urteil.
London, 22. Mai. Die Westminster Gazette meldet aus Washington: Die Erörterungen über die europäische Lage gehen fort. Ein angesehenes Mitglied des amerikanischen Kabinetts erklärt: Es ist schlimmer als der Turmbau zu Babel. Wir sprechen nicht einmal dieselbe Sprache wie Downing Street. Wir sagen mitdeutensdönig, unter welchen Bedingungen wir bei der Wiederherstellung Europas mitwirken werden. Man erklärte uns nachdrücklich, man wolle unsere Mitwirkung; dann unterbreitete man uns wieder die alten Bedingungen. Anscheinend ist es hoffnungslos mit den anderen zu reden; die Kernkraft läuft von ihnen ab wie das Wasser vom Centnerstein.

Die Times meldet zu derselben Gelegenheit aus Washington: Am Mittwoch sei dem amerikanischen Botschafter in Italien Schild eine Mitteilung überhandt worden, in dem ihn die amerikanische Botschaft wie folgt bekannt gegeben wird: Die Regierung der Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß eine Kommission von anerkannten Sachverständigen sich zweckmäßigerweise nach Rußland begeben sollte, um eine eingehende Unterredung der tatsächlichen Bedürfnisse der russischen Nation und der Mittel, diesen Bedürfnissen nachzukommen, anzustellen. Die Vereinigten Staaten würden nichts gegen die Teilnahme an einer derartigen Unterredung einzuwenden haben und auch nicht gegen die Beteiligung der Russen an dieser Kommission, vorausgesetzt, daß die russischen Mitglieder sich auf die Festlegung von Forderungen beschränken und alle Forderungen unterlassen, den Kommunismus und andere politische Doktrinen zu verteidigen. Wenn die alliierten Mächte finden, daß ein festliches mit der Sowjetregierung zwecklos ist, wobei die amerikanische Regierung fest überzeugt ist, und wenn die alliierten Mächte dann beschließen sollten, eine solche Unterredung anzustellen, so würden sich die Vereinigten Staaten durchaus bereit finden, daran teilzunehmen. Das Ergebnis würde nach amerikanischer Ansicht beweisen, daß das hauptsächlichste wirtschaftliche Hindernis für Rußland die Sowjetregierung ist.

Der Kampf gegen die deutsche Sprache im Elsaß.

Der französische Ministerrat hat die Anträge der Stadtvertretungen von Kolmar und Mülhausen, in den dortigen Staatsschulen die deutsche Sprache wieder als zweite Unterrichtssprache zuzulassen, abgelehnt.

Die Generalrats-Wahlen in Frankreich.

Paris, 22. Mai. Bei den gestrigen Stichwahlen für die Generalräte waren 167 Stiche zu vergeben. Die Ergebnisse verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Konföderative 4, demokratisch-republikanische Entente 16, linksrepublikanische 33, Radikale und sozialistische Radikale 47, sozialistische Republikaner 8, Sozialisten 42, Kommunisten 12, unbekanntes Ergebnis 5. Mit dem Ergebnis des ersten Wahlganges haben alle die einzelnen Parteien erhalten: Konföderative 108, demokratisch-republikanische Entente 31, linksrepublikanische 508, Radikale und sozialistische Radikale 460, sozialistische Republikaner 67, Sozialisten 83, Kommunisten 20, unbekanntes 5. Die Gewinne und Verluste verteilen sich wie folgt: Die Konföderativen verlieren 14, die demokratisch-republikanische Entente gewinnt 18, die linksrepublikanische verlieren 10, die Radikalen und sozialistischen Radikalen gewinnen 23, die sozialistischen Republikaner gewinnen 2, die Sozialisten 19, die Kommunisten 8.

Politische Wochenschau.

Von C. Delius, M. d. R.

Genau ist nun den Delegierten der europäischen Staaten verlassen. Die Schaustellung ging zu Ende. Aus dem großangelegten Schauspiel wurde eine Komödie und schließlich der erste Akt einer Tragödie. Europa und die Welt ist um eine Hoffnung ärmer geworden. Die Menschheit kann weiter dulden und leiden, weil die Staatsmänner nicht unter einen Hut kommen können. Hoff und Herrschaft hintertrieben einen entsprechenden Ausgang der Konferenz. Selbst derjenige, der seine Erwartungen nicht hochgepaßt hatte, erlebte angelegentlich des völligen Mißerfolges noch eine Enttäuschung. Für Lord George, der keine ganze staatsmännliche Kunst aufzubringen, um wenigstens ein mageres Ergebnis zu erzielen, muß es geradezu niederschmetternd sein, daß sich vor das Parlament hinsetzen gelang, den sogenannten Gottesfrieden zustande zu bringen. Ein mehr als zweifelhaftes Abkommen. Nur während als Deklarationsstück, den Mißerfolg überdeckend. Die schönen Reden, die am Schluß der jedesbüchigen Tagung gehalten wurden, unter denen die Rede Rathenaus besonders hervorzuheben, können aber die allgemeine Enttäuschung nicht hinwegwischen. Ob die Fortsetzung in Saag der Tragödie zweiter Akt wird, muß abgewartet werden. Nach dem Ausgang von Genau ist die Hoffnung nicht besonders groß. Besonders auch nachdem Amerika keine Beteiligung ablehnte. Ohne Amerikas Hilfe läßt sich aber kaum etwas für Rußland erwarten. Die europäischen Staaten verfügen allein nicht über die Milliarden, um die für Rußland erforderliche sind. Aber selbst, wenn das der Fall wäre, würde der europäische Geldmarkt kaum gemillt sein, da russische Kasse allein zu tragen.

Die deutsche Delegation hat in Genau ihr Möglichstes geleistet. Sie operierte geschickt und ließ bei ihrem Auftritte die nationale Würde nicht vernachlässigen. Durch Bereitwilligkeit zu vermitteln, hat sie einen weiteren Beweis ihres Willens zur Mitarbeit erbracht. Sie lehrt nach Berlin nicht mit leeren Händen zurück. Der deutsch-russische Vertrag, der beinahe zur Sprengung der Konferenz geführt hätte, bleibt ein Minimum. Zwar werden sich aus dem Vertrage keine unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteile einstellen — es ist ein Wechsell auf die Zukunft —, aber die Lastzahn des Zusammenfindens von Deutschland und Rußland zur gemeinsamen wirtschaftlichen Arbeit gibt beiden Staaten in der europäischen Politik eine festere Stellung. Und dieser Lastzahn aus zu freuen, haben wir mehr denn je Veranlassung. Auch sonst hat sicher die deutsche Delegation in Genau außerhalb der Konferenz jede passende Gelegenheit ergriffen, um die zerrissenen Fäden zu anderen Staaten wieder anzuknüpfen. Im übrigen wird man auf die Reden Wirris und Rathenaus in der nächsten Woche im Reichstage gespannt sein können. Ebenso auf die Haltung der Opposition des Reichstages. Nach unserer Meinung wird es hierzu keine öffentliche Behandlung im Parlament zuzulassen. Bei dem jederzeit betätigten Angehör der Oppositionsparteien konnten anderen Unterhändlern in Paris nur neue Schwierigkeiten entstehen, die vermieden werden müßten. Die Nachrichten aus Paris lauten nicht ungünstig. Es wäre aber trotzdem falsch, anzunehmen, daß nun alles bereits befriedigend gelöst werden könnte. So einfach ist die Sache denn doch nicht. Jedenfalls wird es auch in Paris außerordentliches Geschick bedürfen, zu einem leblich befriedigenden Ergebnis zu gelangen. Großen Hoffnungen sich hier hinzugeben, wäre verfehlt. Auch im allergeringsten Falle werden die uns verbleibenden Verpflichtungen von solcher Schwere sein, daß sie uns — um mit Selbsterlich zu sprechen — auf Jahrzehnte als Vötegenstände anhängen werden.

Im Reichstage wurden die Haushaltsberatungen fortgesetzt. In neunstündigen Sitzungen kam ein Stück vorwärts. Der Postetat wurde in drei Sitzungstagen beendet. Die meisten Redner verloren sich im Meintraum, anstatt die großen Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen. Gewiß bleibt noch vieles der der Post zu wünschen übrig, aber ungeschicklich ist eine harte Besprechung in der Ausgestaltung der Verlebensmittel, der Sicherheit und in der Verfestigung des Personal zu verzeichnen. Deshalb war auch die Kritik nicht mehr von der früheren Schärfe. Ohne Zweifel wird es trotz dieser enttäuschenden Zeichen der Gesundung der politischen Verhältnisse noch geraume Zeit dauern, bevor wieder normale Verhältnisse Platz gegriffen haben. Inzwischen bemüht sich der Vereinfachungsaußschuß größere Erfolge zu erzielen. Das wird ihm sicher gelingen, wenn Beamte und Publikum ihn unterstützen: freilich auch mit dieser Sparmaßnahme nähme läßt sich die Polverwertung allein nicht rentabel gestalten. Die fortgesetzte Geldwertverwertung zwingt zur Gebührenerhöhung. Selbstverständlich darf hierdurch der Verleber nicht erschrocken werden. Eine Ueberproduktion der Gebühren muß nach Nachlassen des Verlebers und damit zu Mindereinnahmen führen. Dabei darf nicht außer Betracht bleiben, daß die kulturellen und sozialen Bestrebungen unseres Volkes nicht in dem Maße gefördert werden können, wenn man die Propagandafähigkeit durch die Gebührenerhöhungen erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

Bei der Beratung des Reichsarbeitsministeriums entwickelte der Minister Dr. Braun sein sozialpolitisches Programm. Herr Braun hat als maßvoller und erfolgreicher Sozialpolitiker bezeichnet werden kann, entwickelte die großen Aufgaben, von denen mancher Jutismus darstellen, weil das Reich zurzeit nicht die Mittel zur Durchführung hat. Empathisch war, was der Minister über die Kleinrentner sagte. Die

